

DOKUMENTATION

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.01.2020, Nr. 24, S. 8

Zu enger Fokus der SPD

Die Bürger vermissen Leistungs- und Zukunftsorientierung. Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

Die Hoffnung von Teilen der SPD, durch die basisdemokratische und langwierige Entscheidung über ihre neue Führungsspitze Rückenwind zu bekommen, hat sich nicht erfüllt. Zwar bildet sich bei den Bürgern allmählich der Eindruck einer heillos zerstrittenen Partei zurück; im September waren davon noch 62 Prozent überzeugt, aktuell noch 54 Prozent. Als wirklich geschlossene und handlungsfähige politische Formation werden die Sozialdemokraten jedoch nur von 13 Prozent empfunden, und auch nur von 36 Prozent ihrer eigenen Anhänger.

Die Zweitstimmenwahlabsichten zugunsten der SPD stagnieren bei 14 Prozent. Ihr Potential ist größer, aber dennoch auf dem niedrigsten Stand der letzten Jahrzehnte: für 20 Prozent der Wahlberechtigten kommt die SPD bei der nächsten Bundestagswahl grundsätzlich in Frage. In den letzten Jahrzehnten lag ihr weites Potential meist über 30 Prozent, in der Spitze über 40 Prozent. Die Unionsparteien haben zurzeit ein weites Potential von 36 Prozent, die Grünen von 33 Prozent. Dabei haben SPD und Grüne bei Wahlen ihr Potential bisher weniger ausschöpfen können als die Union.

Parallel zur Schrumpfung des Potentials der SPD ist die Überzeugung zurückgegangen, dass das Land die Sozialdemokraten braucht. Vor gut zehn Jahren waren davon 60 Prozent überzeugt, aktuell noch 47 Prozent. Gegenläufig ist der Kreis derjenigen, der die SPD für entbehrlich hält, von 17 auf 30 Prozent angewachsen. Der Wert der SPD wird im Osten geringer eingeschätzt als im Westen, in der jungen Generation weitaus geringer als in der mittleren und vor allem der älteren Generation. 55 Prozent der 60-Jährigen und Älteren halten die SPD im politischen Spektrum der Republik für unverzichtbar, dagegen nur jeder Dritte unter den 30-Jährigen. Der Wert der Grünen wird mittlerweile höher eingeschätzt als der der SPD, besonders von der jungen Generation.

Trotzdem werden die Grünen bisher nicht von der Mehrheit als die neue Volkspartei gesehen, die an die Stelle der SPD tritt. Für die Mehrheit sind nach wie vor die CDU/CSU und die SPD die Volksparteien. 57 Prozent sehen die Unionsparteien, 51 Prozent die SPD als Volksparteien, nur 31 Prozent die Grünen. Am wenigsten ist die AfD für die Bürger eine Volkspartei: Ganze neun Prozent sehen in ihr eine Volkspartei, in Ostdeutschland 15 Prozent. Auch wenn die Einschätzung schwächer geworden ist, dass die SPD unverzichtbar ist, hält die Mehrheit es für wichtig, dass die Partei sich erholt. 53 Prozent sind überzeugt, dass die politische Entwicklung Deutschlands auch davon abhängt, dass die Sozialdemokraten wieder stärker werden, nur 26 Prozent halten dies für unwichtig. In den politisch interessierten Bevölkerungskreisen halten 62 Prozent eine Erholung der SPD für wichtig.

Zurzeit rechnet nur eine Minderheit damit, dass sich die Sozialdemokraten in absehbarer Zeit erholen werden. 23 Prozent sind hier optimistisch, von den Anhängern der SPD 56 Prozent; 40 Prozent der Bürger halten eine Erholung für unwahrscheinlich. Setzt man jedoch die Prämisse, dass die Partei gute Leute und ein überzeugendes Programm anbieten kann,

schrumpfe kontinuierlich, greifen zu kurz. Wäre die SPD ausschließlich auf die Stimmen von Arbeitern angewiesen, hätte sie schon in den siebziger Jahren und besonders Ende der neunziger Jahre keine Chancen gehabt, eine Wahl zu gewinnen. Es ist bemerkenswert, wie wenig die SPD selbst diesen fatalistischen Erklärungsansätzen widerspricht und den Anspruch erhebt, nicht Arbeiterpartei, sondern Arbeitnehmerpartei zu sein.

Die Frage ist jedoch, wieweit dieser Anspruch das Selbstverständnis der Partei heute prägt. Kaum jemand wird ihr Engagement für sozial Schwächere bestreiten. Aber das kann nur Teil einer sozialdemokratischen Agenda sein, mit der sich größere Teile der Bevölkerung identifizieren. Die Bürger haben mittlerweile den Eindruck, dass sich die SPD mehr für Arbeitslose als für Arbeitnehmer einsetzt, stärker auf Unterstützungsbedürftige ausgerichtet ist als auf diejenigen, die die Verteilungsspielräume erwirtschaften.

Die Ablehnung von Steuererleichterungen verstärkt diesen Eindruck. Auf diesem Feld fallen die Erwartungen an die Partei und ihr Zielprofil deutlich auseinander. 67 Prozent der Bürger zählen Steuerentlastungen für Arbeitnehmer zu den wichtigsten Zielen einer sozialdemokratischen Agenda; nur 44 Prozent haben den Eindruck, dass die SPD dieses Ziel überhaupt verfolgt. Noch größer ist die Diskrepanz bei der Forderung, dass Leistung sich lohnen muss. 52 Prozent sehen darin ein klassisch sozialdemokratisches Anliegen, ganze 23 Prozent attestieren der SPD, dass sie sich dafür einsetzt.

Das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung hat eine ausgeprägte Leistungskomponente. Die überwältigende Mehrheit hält leistungsbezogen auch größere Unterschiede bei Löhnen und Gehältern für gerecht, genauso einen deutlichen Abstand zwischen Erwerbs- und Unterstützungseinkommen. So bewerten 72 Prozent es als gerecht, wenn Arbeitslose deutlich geringere Einkünfte haben als Erwerbstätige. Die Mehrheit stuft auch größere Unterschiede bei den Alterseinkünften abhängig von den Beiträgen und Vorsorgemaßnahmen als gerecht ein. Die große Mehrheit unterstützt zwar die Aufbesserung von kleinen Renten nach langer Berufstätigkeit, votiert aber für eine Bedürftigkeitsprüfung und unterscheidet damit zwischen Rentenansprüchen und sozialer Unterstützungsleistung. Von den Anhängern der SPD befürworten knapp zwei Drittel eine Einkommensprüfung bei potentiellen Empfängern der Rentenaufstockung.

Der ausgeprägten Leistungskomponente des Gerechtigkeitsempfindens der Bevölkerung wird von der SPD zu wenig Rechnung getragen wie auch ihrem Sicherheitsbedürfnis. Auch hier ist die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen der Bürger, wie eine sozialdemokratische Agenda aussehen sollte und wie sie heute wahrgenommen wird, auffallend groß. Die Mehrheit der Bevölkerung, die überwältigende Mehrheit der SPD-Anhänger halten Kriminalitätsbekämpfung und generell innere Sicherheit für ein zentrales Anliegen auch einer sozialdemokratischen Partei. Nur knapp 20 Prozent haben heute den Eindruck, dass die SPD diesem Politikfeld große Bedeutung beimisst.

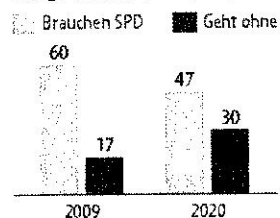
Noch kritischer fällt das Urteil über die Zukunftszugewandtheit und -kompetenz der Partei aus. Nur zwölf Prozent attestieren ihr überzeugende Konzepte, die sicherstellen können, dass es den Menschen auf längere Sicht gutgeht. Ganze acht Prozent haben den Eindruck, dass die Partei vorausdenkt, Politik für die Zukunft konzipiert und macht. Eine optimistische Ausstrahlung verbinden heute knapp sechs Prozent mit der SPD. Im Vergleich wird vor allem den Unionsparteien, aber auch den Grünen weitaus eher zugetraut, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Bei Wahlen entscheiden die Wähler primär zukunftsorientiert. Der Wähler bedankt sich nicht für Gesetze der vergangenen Legislaturperiode, auch wenn die Beschlüsse für richtig und sinnvoll gehalten werden. Unzufriedenheit schlägt sich

werden ihre Erholungschancen deutlich günstiger eingeschätzt: In diesem Fall trauen ihr 42 Prozent der Bevölkerung und 76 Prozent der eigenen Anhänger schon in absehbarer Zeit eine Erholung zu; nur 27 Prozent der Bürger halten auch unter solchen günstigen Bedingungen eine Erholung für unwahrscheinlich. Die Sozialdemokraten selbst würden vermutlich argumentieren, dass ihr Programm bereits heute attraktiv ist. Sie haben vieles durchsetzen können, was von der großen Mehrheit für richtig und wichtig gehalten wurde, von der Einführung und Erhöhung von Mindestlöhnen über die Erschwerung der Befristung von Arbeitsverträgen, die Festschreibung des Rentenniveaus bis hin zur Rentenaufstockung für Geringverdiener. Alle diese Beschlüsse fanden breite Zustimmung und wurden auch der SPD zugerechnet.

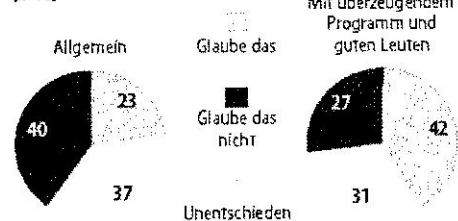
Die Vorstellungen der Bürger, wofür die SPD steht, sind auch in hohem Maße von ihrer Politik der letzten Jahre geprägt. So sieht die große Mehrheit der SPD als Anwalt höherer Mindestlöhne, von einer finanziellen Besserstellung von Rentnern, die nur über eine geringe Rente verfügen, der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des Ausbaus des Sozialstaates und generell als Anwalt sozialer Gerechtigkeit. 73 Prozent der Bürger verbinden mit den Sozialdemokraten das Ziel höherer Mindestlöhne, 63 Prozent die Besserstellung von Rentnern mit geringen Renten, 53 Prozent den Ausbau des Sozialstaates; für 62 Prozent ist die SPD ein Anwalt sozialer Gerechtigkeit. Diese Agenda wird auch von der überwältigenden Mehrheit gutgeheißen. Wenn die Bürger umreißen, was die wichtigsten Ziele der SPD sein müssen, nennen sie ebenfalls vor allem soziale Gerechtigkeit, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die finanzielle Besserstellung von Rentnern mit geringen Renten und höhere Mindestlöhne.

Wie steht es um die SPD?

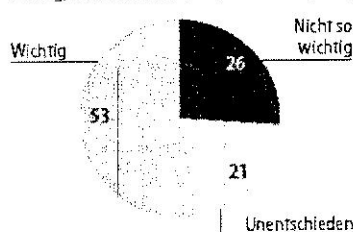
Brauchen wir in Deutschland die SPD oder geht es auch ohne? (in %)



Glauben Sie, dass sich die SPD wieder erholt und stärker wird? (in %)



Finden Sie es für die politische Entwicklung wichtig, dass sich die SPD wieder erholt? (in %)



Wofür die SPD sich einsetzen sollte und wofür sie sich tatsächlich einsetzt (in %)

Soziale Gerechtigkeit	83	62
Sozialer Wohnungsbau	72	54
Besserstellung von Rentnern	72	63
Höhere Mindestlöhne	67	73
Steuarentlastungen für Arbeitnehmer	67	44
Ausbau des Sozialstaats	57	53
Innere Sicherheit	53	20
Dass sich Leistung lohnt	52	23
Mehr Klimaschutz	51	31

Quelle: Institut für Demoskopie für Allensbach

FA Z-Graphik Walter

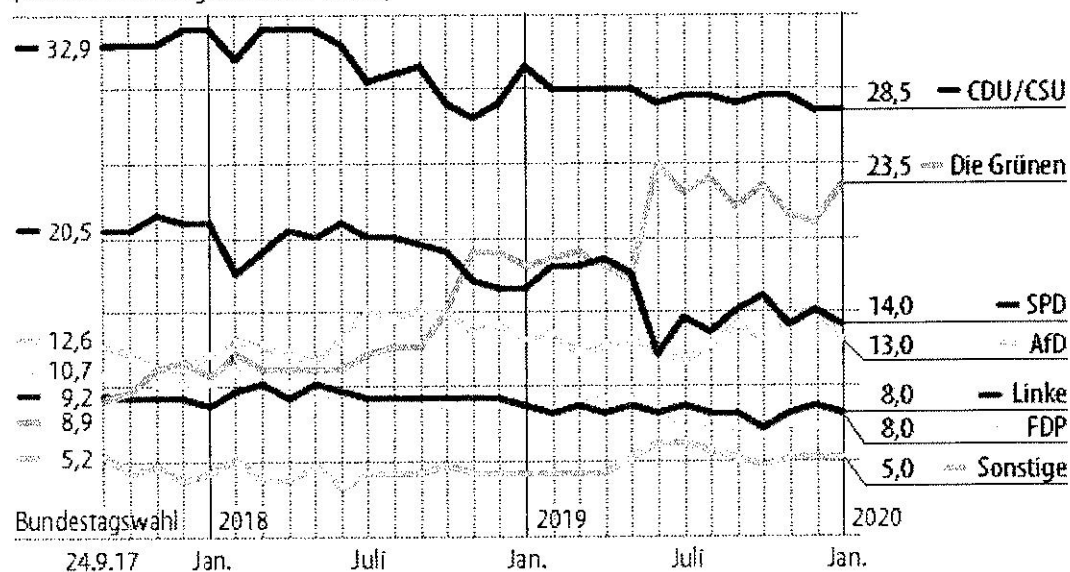
Angesichts dieser Übereinstimmung von inhaltlichen Erwartungen an die Partei und dem ihr zugeschriebenen Zielprofil scheint zunächst schwer erklärlich, warum sie derart an Popularität eingebüßt hat. Das Erklärungsmuster der Partei selbst, dass dies nur ihrer Beteiligung an der großen Koalition geschuldet sei, scheint wenig überzeugend, berücksichtigt man, wie viel die Partei von ihren Zielen durchsetzen konnte und wie aufmerksam dies die Bürger auch registriert haben. Auch die oft zu hörenden Thesen, die sozialdemokratische Agenda sei überholt und ihre klassische Klientel, die Arbeiterschaft,

dagegen im Wahlverhalten weitaus eher nieder. Die Arbeit der Koalition wird wesentlich kritischer eingeschätzt als ihre konkreten Beschlüsse, von denen viele von der überwältigenden Mehrheit positiv bewertet werden. Das stete Infragestellen der Koalition durch die SPD hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Mehrheit den Eindruck hat, dass diese Koalition nicht funktioniert und schlechter ist, als die Bürger es selbst bei der detaillierten Bewertung der Arbeitsbilanz einschätzen.

Über ihrer permanenten Selbstkritik und Unzufriedenheit hat die SPD an Vertrauen verloren, dass sie willens und fähig ist, Zukunft zu gestalten. So ernst gerade die deutsche Gesellschaft die Verantwortung für sozial Schwächere nimmt, so wenig wird man sie überzeugen können, dass primär auf diesem Feld über die Zukunft des Landes entschieden wird. Die Bevölkerung unterstützt quer durch alle Schichten einen effektiven Sozialstaat, weiß aber, dass die Ressourcen für seine Finanzierung auf Wettbewerbsfähigkeit, Leistung und Bildung gründen. Über die Zukunft der SPD wird ganz wesentlich entschieden, ob ihr wieder verstärkt zugetraut wird, sich mit den Herausforderungen der Zukunft auseinanderzusetzen.

Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?
(Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; Jüngste Umfrage: 9. bis 22. Januar, 1273 Befragte. Gerundete Angaben.

F.A.Z.-Grafik Walter